

**Jusos ante portas – unser Kurs heißt  
Wahlsieg!**

# Beschlussbuch



der Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26.-27. Juni 2010

Hochschule Merseburg (FH)



## Inhalt

01. Landesarbeitsprogramm der Jusos in der SPD, Landesverband Sachsen-Anhalt, 2010-2012.....	3
02. Betreuungsschlüssel für Erzieher/innen .....	9
03. Studie zur Sprachstandsfeststellung .....	9
04. Ergebnisse der Sprachstandsfeststellung auch an Grundschule übermitteln .....	9
05. Patenschaftsprojekt in der Sekundarstufe I einführen.....	9
06. Schülerbegehren ermöglichen.....	10
07. Anerkennung dualer Studiengänge .....	10
08. Deutsch-Polnischer Austausch unter dem Thema „Studieren mit Bologna“ initiieren .....	10
09. Berufliche Bildung sichern, stärken und zukunftsfähig gestalten .....	11
10. Bildung besser machen .....	13
11. Bildungsföderalismus gehört der Vergangenheit an .....	14
12. Nein zum Betreuungsgeld von Schwarz-Gelb, Ja zu mehr frühkindlicher Bildung .....	15
13. Vereinheitlichung der Bewerbungs- und Zulassungsfristen für die Bachelor- und Masterstudiengänge..	15
14. Sicherung der Hochschulfinanzierung.....	15
15. Ausweitung des Anspruchs auf Bildungsurlaub .....	16
16. Übernahme des Brandenburger Modell im Kampf gegen Rechtsextremismus .....	16
17. Verfassungstreue Schornsteinfeger .....	16
18. Änderung des Gesetzes zur Leiharbeit .....	16
19. Stärkung des Konnexitätsprinzip bei den Mittelzuweisungen an Kommunen.....	17
20. Antrag zur Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen kriminelle Motorrad-Rockerbanden .....	17
21. Ausweitung des Landtagswahlrechts .....	17
22. Städtebaulichen Gestaltungsspielraum schaffen .....	17
23. Schluss mit Prestigeprojekten bei der Deutschen Bahn AG – Investitionen in den Personennahverkehr fordern und fördern .....	18
24. Stärkere Nutzung der Grünfeilregelung.....	18
25. Wiedereinrichtung einer unabhängigen Schlichtungsstelle Mobilität beim BMELV .....	18
26. Einführung von Energiemanagementsystemen in Kommunen .....	19
27. Abschaffung der Sommerzeit .....	19
28. Generationengerechtigkeit bei der Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl 2011 .....	19
29. Regeln für Antragskommissionen.....	20
30. Regeln für Antragskommissionen 1 .....	20
31. Änderung der Geschäftsordnung .....	20
32. Solidarische Listenaufstellung zur Landtagswahl 2011.....	21
33. Benennung eines MdEP für Sachsen-Anhalt .....	21
34. Kostenloses KiTa-Jahr.....	21
35. CO <sub>2</sub> -Verpressung .....	21
36. CO <sub>2</sub> -Verpressung 1 .....	21
37. Förderung erneuerbarer Energien.....	22
38. Rufbussystem .....	22

39. Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne gegen Homophobie .....	22
40. Schaffung einer unabhängigen Landesenergieagentur – Für die Verbraucher in Sachsen-Anhalt.....	23
41. Armut und soziale Ausgrenzung wirksam bekämpfen! .....	23
42. Einführung eines Tariftreuegesetzes .....	24

## **01. Landesarbeitsprogramm der Jusos in der SPD, Landesverband Sachsen-Anhalt, 2010-2012**

### I. Präambel

Die vergangenen 20 Monate seit der letzten Wahl-Landesdelegiertenkonferenz (LDK) in Bernburg 2008 waren von äußerst ambivalentem Charakter: Einerseits ist es gelungen die aktive inhaltliche Arbeit energisch fortzusetzen und durch eine Neugestaltung der Pressearbeit auch die Außenwirkung des Landesverbandes erheblich zu verstärken. Andererseits haben aber auch die Jusos es nicht verhindern können, dass die SPD in Sachsen-Anhalt in dieser Zeit drei furchtbare Wahlniederlagen erlitten und insbesondere seit der Bundestagswahl eine erschreckende öffentliche Wirkung hat.

Das Bild, dass sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt miteinander nur noch im Streit um Personen, Positionen und Listenplätze befinden, müssen wir bis zur Landtagswahl 2011 abstellen und auch langfristig aus den Köpfen von Mitgliedern und politisch Interessierten gleichermaßen verbannen. Im Gegenteil: die inhaltliche Debatte innerhalb und außerhalb der Partei und die Umsetzung unserer selbstgesteckten Ziele muss unser politisches Handeln bestimmen.

Für uns bedeutet politische Verantwortung, gesellschaftlichen Problemen ins Gesicht zu sehen und die Frage nach ihren Lösungen offen nach vorne zu stellen, mit dem Ziel, die bestehenden Verhältnisse nachhaltig zu verbessern. Die Sozialdemokratie, welche sich der progressiven Bewegung der Aufklärung verpflichtet fühlt, sollte sich stets der Rationalität zuwenden und gesellschaftliche Herausforderungen als Anlass zur politischen Verantwortung und praktischen Handlung nehmen. Für uns stehen die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im Mittelpunkt unseres Handelns. Auf dieser Grundlage stellen wir uns den zukünftigen Herausforderungen.

Die SPD – im Land wie im Bund – steht in den kommenden Jahren vor einer entscheidenden Neuausrichtung. Wir müssen uns aufgrund der Wahldebakel des Jahres 2009 neu aufstellen, programmatisch wie personell. Dafür bedarf es auch weiterhin ehrlicher Analysen unserer Stärken und Schwächen, einer Schärfung unseres inhaltlichen Profils und einer strukturellen Neuausrichtung unseres gesamten Landesverbandes. Dies kann nur gelingen, wenn alle Arbeitsgemeinschaften und vor allem unsere Parteibasis, die Mitglieder, in diesen Umstrukturierungsprozess mit einbezogen werden.

### II. Aufgaben, Ansprüche und Inhalte

Die Jusos haben seit der LDK 2008 in Bernburg einen Generationswechsel durchlebt. Dies betrifft nicht nur die personelle Zusammensetzung unserer Gremien, sondern auch weite Teile unserer Mitgliedschaft. Gestärkt worden sind wir insbesondere durch Neueintritte in Schulpforte und an den Hochschulstandorten. Wir haben verbandsintern, insbesondere in unseren Landesarbeitskreisen, effektiv gearbeitet und auf dem Magdeburger Landesparteitag unsere personellen Ansprüche an die SPD mutig vorgetragen.

Diese Erfolge dürfen aber nicht davon ablenken, dass wir auf anderen Gebieten erhebliche Schwierigkeiten durchlebt haben: In einigen Landesteilen sind die jeweiligen Juso-Kreisverbände auf eine Handvoll Aktive geschrumpft, die als tapfere Einzelkämpfer Politik zu gestalten versuchen. Auch aus diesem Grund ist unser Landesausschuss seit 2008 leider viel zu oft nicht beschlussfähig gewesen.

Eine wichtige Aufgabe des gesamten Landesverbandes wird es daher für die Zeit bis 2012 sein, die Gesamtstruktur der Jusos Sachsen-Anhalt kritisch zu überdenken. Zwar sind wir in einigen Landesteilen hervorragend „aufgestellt“ – oftmals aber, gerade in der so genannten Fläche, kämpfen wir um die bloße Arbeitsfähigkeit. Trotz zahlreicher Neueintritte sinkt unser Mitgliederbestand in der Bilanz, trotz der Jusos Schulpforte bereichern uns immer noch viel zu wenige Schülerinnen und Schüler; an unserem defizitären Auszubildenden- und Arbeitnehmeranteil hat sich gleichfalls wenig zum Besseren entwickelt.

Ein weiteres Ziel muss für uns folglich die Gewinnung und Aktivierung von Mitgliedern sein. Der geringe Anteil weiblicher Mitglieder ist erschreckend. Durch eine stärkere Außendarstellung unserer Positionen zu frauenpolitischen Themen müssen wir zeigen, dass die auch in der Gesellschaft noch nicht vollzogene Gleichstellung von Mann und Frau für uns kein erledigtes Thema ist. Dem müssen wir Jusos natürlich auch innerverbandlich nachkommen. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist zwar eine wohlklingende Forderung, doch für eine gute Politik ist vor allem eine gelebte geschlechtergerechtere Verteilung der Verantwortung innerhalb und auch außerhalb der Jusos notwendig.

Grund, in den kommenden beiden Jahren Trübsal zu blasen, haben wird dennoch nicht: Unsere aktive Arbeit wird innerhalb und außerhalb der Partei respektiert und anerkannt, unsere inhaltliche Stärke gerade auf den Gebieten Bildung und beim Engagement gegen Rechtsextremismus ist auffallend. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen und ausbauen.

Für einen nachhaltigen Zukunftsentwurf genügt es nicht allein darzustellen, was das bürgerliche Lager falsch macht. Wenn die SPD 2011 bei der Landtagswahl den Ministerpräsidenten stellen möchte, muss sie den Bürgerinnen und Bürgern eine gute Alternative anbieten. Die Aufgabe der Jusos wird es im nächsten Jahr sein, den SPD-Landesverband genau bei diesem Prozess zu unterstützen und auch punktuell anzutreiben. Die Jusos haben sich mehr und mehr zu der unverzichtbaren Kraft der SPD Sachsen-Anhalt entwickelt.

Als wichtigste Aufgabe für den Landesverband in den kommenden Wochen und Monate nehmen wir uns vor, inhaltlich und personell einen entscheidenden Beitrag zum Landtagswahlkampf der SPD in Sachsen-Anhalt zu leisten. Das Wahlprogramm soll in vielen Passagen Juso-Handschrift tragen – und bei der Kandidatenaufstellung wünschen wir uns eine weitere Verjüngung der für die SPD ins Rennen um Mandate Gehenden.

Für die inhaltliche Arbeit des Landesverbandes und seine Positionierung innerhalb der SPD oder gegenüber der Öffentlichkeit steht jeder einzelne Juso in der Pflicht, von der Arbeit im Ortsverein bis zum Bundeskongressdelegierten. Hierin eingeschlossen ist nicht nur der Kontakt zu den anderen Arbeitsgemeinschaften in der SPD – zur AfB, zur AsJ, zur AsF, der AfA, zu AGS, AsG und zur AG 60+. Auch unsere Zusammenarbeit mit anderen politischen und gesellschaftlichen Akteuren sollte erheblich ausgebaut werden.

Unser Verhältnis zum Bundesverband hat sich in den letzten Jahren entspannt. Dennoch bekennen wir uns weiter zu unserer schon lange vertretenen Sicht, dass wir im Bundesverband ideologisch eine Minderheitenposition vertreten und gerade aus der Sicht des Juso-Bundesvorstands eine eher randständige Rolle spielen. Wir wollen daher daran anknüpfen, unsere Arbeit im Bundesausschuss und im Ostgipfel fortzusetzen und die bestehenden Kontakte, etwa zu den Jusos Köln, den Jusos Rheinland-Pfalz und den Jusos Sachsen, fruchtbar auszubauen. Über Besuche der Bundesvorsitzenden oder ihrer

Stellvertreter freuen wir uns wegen des in den letzten Jahren gepflegten konstruktiven Austauschs jederzeit.

Wir lehnen es allerdings ab, uns inhaltlich überwiegend mit pseudo-akademischen Debatten über den Charakter des Kapitalismus und die Wahrscheinlichkeit seiner Überwindung zu beschäftigen oder jedes Jahr bereits bekannte Positionspapiere im Umfang von Seminararbeiten zu beschließen. Die Jusos Sachsen-Anhalt bekennen sich im Gegensatz zu den oft in kleinlichen Flügelkämpfen ausgetragenen Streitigkeiten auf Bundesebene dazu, dass es gemeinsames Ziel aller Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sein muss, durch beständige Reformen im Kleinen eine langfristige Modernisierung von Wirtschaftsform und Gesellschaftsordnung im Großen zu bewirken.

### III. Strukturen

#### a) Der Landesvorstand

Der Landesvorstand der Jusos Sachsen-Anhalt koordiniert die politische Arbeit des Landesverbandes. Er berät und beschließt auf regelmäßigen Zusammenkünften über politische Angelegenheiten, unter Berücksichtigung der Beschlüsse der LDK und des Landesausschusses.

Auf seiner konstituierenden Sitzung gibt sich der Landesvorstand eine Geschäftsordnung und verteilt für die kommenden zwei Jahre die internen Aufgabenbereiche. Die Arbeit der Landesvorstandmitglieder soll im Besonderen auch daran gemessen werden, wie sie ihre Pflichten bei der Kreis- und Arbeitskreisbetreuung wahrnehmen.

Der Landesvorstand bestimmt aus seiner Mitte ein koordinierend für die Pressearbeit zuständiges Mitglied (Pressesprecher) und einen Verantwortlichen für die Homepage. Für ersteren haben die Mitglieder des Landesvorstandes über eine Aufgabenbeschreibung zu bestimmen, um Aufgaben und Berechtigungen konkret fest zu schreiben. Die Außenvertretung des Landesverbandes wird vom Landesvorsitzenden in Absprache und Abstimmung mit diesen beiden Funktionsträgern und dem Landesausschussvorsitzenden wahrgenommen.

Für die nächste Legislatur hat es sich der Juso-Landesvorstand außerdem zum Ziel gesetzt, stärker als bisher mit anderen Teilen der Partei zusammen zu arbeiten. Zeitnah werden wir daher als Auftakt für diese Bestrebungen eine gemeinsame Veranstaltung mit der AG60+ zum Thema Generationengerechtigkeit konzipieren. Wir werden hier deutlich unsere Forderungen und Positionen zum Ausdruck bringen.

#### b) Der Landesausschuss

Der Landesausschuss vertritt die Interessen der Stadt- und Kreisverbände auf Landesebene. Er kontrolliert und korrigiert die Arbeit des Landesvorstandes, beschließt über politische Angelegenheiten und versteht sich selbst als eine Plattform zum Zwecke des Austausches von Informationen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre machen es notwendig, in diesem Arbeitsprogramm deutlich auf den hohen Stellenwert des Landesausschusses hinzuweisen. Nur die breite Teilnahme der Vertreter der Kreis- und Stadtverbände ermöglicht es dem Landesausschuss, seine Aufgabe als größtes beschlussfassendes Gremium zwischen den Landesdelegiertenkonferenzen angemessen ausfüllen zu können. Sollte in der Beteiligung am Landesausschuss in den nächsten Monaten keine wesentliche Besserung

eintreten, werden wir auf der LDK des Jahres 2011 über eine Reform seiner Zusammensetzung beraten müssen.

Als Stichtag der Ermittlung für die gemäß Richtlinien der Jusos Sachsen-Anhalt auf die Kreis- und Stadtverbände entfallenden Vertreter im Landesausschuss legt die LDK für die Legislaturperiode 2010-2012 den 30.06.2010 fest.

### c) Die Landesarbeitskreise (LAK)

Die Landesarbeitskreise unterstützen maßgeblich die inhaltliche Arbeit des Landesverbandes und sind für folgende Themenbereiche selbständig aktiv:

#### LAK „Gleichstellung und Zukunft“

- Innerverbandliche + gesellschaftliche Gleichstellungspolitik
- aktiv die Anti-Diskriminierungspolitik vorantreiben
- Gleichstellungsorientiertes Mentoring-Programm
- Evaluation und Verbesserung der Juso-Arbeit im Landesverband und vor Ort
- Kampagnenfähigkeit des Verbandes sowie Wahlkampfstrategien
- Neumitgliederwerbung und Altmitgliederaktivierung
- Netzpolitik – Leben in einer digitalen Gesellschaft

Der LAK Zukunft wird sich in den kommenden beiden Jahren schwerpunktmäßig dem in unserem Landesverband bisher unterrepräsentierten Thema Gleichstellung (innerverbandlich + gesellschaftlich) widmen. Dabei wird eine Anbindung von Mitgliedern aus Nord und Süd gleichermaßen angestrebt.

#### LAK „Bildung und Soziales“

- Begleitung des Landesbildungskonventes
- frühkindliche Bildung, Schulpolitik, Hochschulpolitik (in Zusammenarbeit mit den Juso-Hochschulgruppen)
- (aus-)bildungsbegleitende Einrichtungen sowie Aus- und Weiterbildung
- Kinderarmut, Jugendarbeitslosigkeit und Jugenddelinquenz
- Generationengerechtigkeit und Integration
- Familien- und Rentenpolitik
- Gesundheitspolitik

#### LAK „Gegen Rechtsextremismus“

- Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung
- Weiterführung des „Endstation-Rechts“-Programms
- Entwicklung und Durchführung wirksamer Strategien im Kampf gegen alle Formen des Rechtsextremismus
- Solidarische Zusammenarbeit mit anderen Juso-Gliederungen über die Landesgrenzen hinaus

#### LAK „Ökonomie & Ökologie“

- Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie
- Wirtschafts-, Arbeitsmarktpolitik und Globalisierung

- Demografie und Stadtumbau
- Erschließung und Nutzung regenerativer Energien
- Umweltstandards auf Landesebene
- Verkehrsinfrastruktur und Zukunft des ÖPNV

Die Landesarbeitskreise werden bis spätestens Ende Juli 2010 auf einer Sitzung konstituiert, die der Landesvorstand vorbereitet, einberuft und durchführt. Auf dieser Zusammenkunft benennen die konstituierten Arbeitskreise einige Projekte oder Ziele, die in den kommenden zwei Jahren in Angriff genommen werden sollen.

Sie treten regelmäßig zusammen und wählen aus den eigenen Reihen einen Koordinator, der zu Sitzungen einlädt und die Arbeit des jeweiligen Landesarbeitskreises strukturiert. Bei Bedarf können sich die Landesarbeitskreise einen Stellvertreter des Koordinators wählen.

Jeder Landesarbeitskreis ist verpflichtet, zu den Landesdelegiertenkonferenzen schriftlich oder mündlich Rechenschaft über seine Arbeit abzulegen. In ihrem inhaltlichen Wirken sind die Landesarbeitskreise als wichtige Säule unseres Landesverbandes weitgehend eigenständig.

Zur Absicherung der Arbeit unseres Landesverbandes führen die Landesarbeitskreise pro Kalenderjahr mindestens ein Seminar oder Seminarwochenende durch. Bei der Organisation und Durchführung kann der Landesvorstand um Hilfe gebeten werden, grundsätzlich erfolgt die Seminararbeit aber selbstständig und zwanglos.

#### d) Die Juso-Hochschulgruppen

Eine wichtige Zielgruppe für die Sozialdemokratie sind die Studierenden an den Hochschulen. Die Juso-Hochschulgruppen sind als Projektgruppen des Juso-Landesverbandes die einzig legitime Vertretung der Jusos und der Sozialdemokratie an den Hochschulen. Sie sensibilisieren die Studierenden für die Arbeit und die Organisation der Jusos und der SPD. Sie tragen zur Mitgliederwerbung bei, organisieren Öffentlichkeitsarbeit und betreiben in der studentischen Selbstverwaltung und in den Verwaltungsgremien der Hochschulen sozialdemokratische Politik. Das Landeskoordinatorentreffen der Hochschulgruppen entsendet einen Vertreter in den Juso-Landesvorstand. Dieser nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Landesvorstandes teil und hat Antrags- und Rederecht.

#### e) Juso-Schüler

Die Juso-Schüler-Gruppen sind ein zusätzliches Mitwirkungsangebot für alle Schüler und Auszubildenden bei den Jusos. Sie tragen die Vorstellungen und Anliegen der SchülerInnenenschaft in unseren Verband und damit den politischen Raum hinein.

Um dem Verdacht zu entgehen, bei den Jusos handele es sich um eine Vereinigung von angehenden und gestandenen Akademikern, sind alle Kreis- und Stadtverbände sowie die Schüler-Gruppen aufgerufen eigene Aktionen zur Gewinnung von Neumitgliedern gerade unter den Schülern und Auszubildenden zu organisieren. Hierfür sind eine lebendige Öffentlichkeitsarbeit und eine verstärkte inhaltliche Arbeit unbedingt erforderlich. Der Jugendbeauftragte des Landesvorstands unterstützt diesbezüglich organisatorisch und koordiniert zwischen den Gruppen-Sprechern.



Zur Verstärkung der inhaltlichen Arbeit sollen Seminare angeboten werden und jährlich ein LandesschülerInnen-Kongress stattfinden. Dann werden Anträge für die LDK beraten und verabschiedet, zudem wird ein Vertreter für den Juso-Landesvorstand gewählt, welcher dem Landesvorstand mit beratender Funktion angehört.

#### IV. Innerverbandliche Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Als unser zentrales Kommunikationsmedium wird in den kommenden beiden Jahren die neu gestaltete Homepage fungieren. Auf ihr finden alle Interessierten regelmäßig Presse- und Terminankündigungen, Einladungen zu Veranstaltungen und wesentliche Kontaktdaten zu den Amts- und Funktionsträgern unter uns.

Ergänzt wird die Homepage durch regelmäßige Mails informatorischen Charakters, die der Referent für Organisation versendet. Anlass- und bedarfsbezogen erhalten die Mitglieder beziehungsweise die Vorsitzenden der Kreis- und Stadtverbände zudem elektronische Post der/des Landesvorsitzenden. Diskussionen, die unsere Landesverbandsarbeit in sozialen Netzwerken – wie etwa unseren Gruppen bei facebook und studivz – begleiten und gegebenenfalls kritisch kommentieren, sind im Rahmen üblicher Höflichkeits- und Umgangsformen ausdrücklich erwünscht.

Grundsätzlich gilt allerdings die Maxime, dass hinsichtlich gewünschter Informationen auch eine Holschuld seitens aktiver Jusos besteht, weswegen die für bestimmte Inhalte und Arbeitsfelder Gewählten oder Benannten jederzeit gern auch für individuelle Ansprache und Rückfragen zur Verfügung stehen.

#### V. Der Kampf geht weiter – die Jusos und das neue Jahrzehnt

Für uns Jusos steht eine nachhaltige Politik im Vordergrund. Dabei geht es nicht nur um zukünftige Generationen, sondern um unsere Zukunft. In den kommenden Jahre brauchen wir, gerade vor dem Hintergrund knapper werdender öffentlicher Mittel und der unabdingbaren Aufgabe, das Sozialsystem und unsere Bildungslandschaft zukunftsfest zu reformieren und neu zu ordnen, eine entscheidungsfreudige, mutig handelnde und sich den Herausforderungen stellende Berufspolitik. Die Jusos Sachsen-Anhalt sind bereit, ihren Beitrag dazu mit Rat und Tat zu leisten – als Mitglieder der SPD und ihres für größere Aufgaben häufig noch „übenden“ Parteinachwuchses gleichermaßen. Es wird nicht genügen, wenn auf diesem Weg nur die in Ämter und Funktionen Gewählten unter uns ihren Beitrag zu leisten bereit sind. Jeder von uns muss sich fragen, bevor wir zur Abstimmung über dieses Arbeitsprogramm schreiten: Bin ich bereit, dass hier Vorliegende offensiv zu vertreten – egal, ob im Ortsverein, beim Sport, in der Öffentlichkeit, im Freundes- und Bekanntenkreis? Denn nur dann kann es uns gelingen, unserem großen Ziel gemeinsam näher zu kommen: einem modernen, chancen- und lastengerechten, zukunftsfähigen Land Sachsen-Anhalt in einer Bildungsrepublik Deutschland, beginnend mit einer SPD geführten Landesregierung in Sachsen-Anhalt 2011.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **02. Betreuungsschlüssel für Erzieher/innen**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt und Sozialministerium Sachsen-Anhalt*

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass der Betreuungsschlüssel für Erzieher/innen in unseren Kindertageseinrichtungen in der Hinsicht überarbeitet wird, dass sich dieser nicht mehr nur an der Zahl der zu betreuenden Kinder orientiert, sondern am Förderbedarf der einzelnen Kinder. Dabei müssen alle weiteren Aufgaben und Tätigkeiten neben der Betreuung der Kinder ebenfalls berücksichtigt werden. Es sollte daher überlegt werden, dass die Bemessung der Arbeitszeit ähnlich wie bei den Lehrern in Vorbereitungszeit und Betreuungszeit gesplittet wird.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **03. Studie zur Sprachstandsfeststellung**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt und Sozialministerium Sachsen-Anhalt*

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Landesregierung eine Studie in Auftrag gibt, welche die Ergebnisse der ersten landesweiten Sprachstandsfeststellung in den Kindertagesstätten unseres Landes vergleicht und auswertet. Festgestellte Missstände sind durch den Gesetzgeber zeitnah zu beseitigen.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **04. Ergebnisse der Sprachstandsfeststellung auch an Grundschule übermitteln**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt und Sozialministerium Sachsen-Anhalt*

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Landesregierung eine Richtlinie bzw. Regelung erarbeitet, welche es ermöglicht die Ergebnisse der Sprachstandsfeststellung des jeweiligen Kindes auch seiner zukünftigen Grundschule zur Verfügung zu stellen.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **05. Patenschaftsprojekt in der Sekundarstufe I einführen**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt*

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass zukünftig in der Sekundarstufe I ein Patenschaftsprojekt eingeführt wird.

Zum Zweck ebenjenes Projektes erhalten interessierte SchülerInnen der älteren Jahrgangsstufen der weiterführenden Schulen die Patenschaft für die jeweils erste Klassenstufe der jeweiligen Schule.

Im Rahmen des Projektes sollen die vier bis fünf Schüler, die je eine Klasse betreuen vor allem als Ansprechpartner bei Eingewöhnungsproblemen in der neuen Schulumgebung dienen.

Das Projekt endet mit dem Ende des ersten Schuljahres der Sekundarstufe I und ist auf den Zeugnissen der Paten zu vermerken.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **06. Schülerbegehren ermöglichen**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt*

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass in den Schulen des Bundeslandes Sachsen-Anhalt zukünftig ab der Sekundarstufe I Schülerbegehren möglich sind. Themen, über die im Rahmen eines Schülerbegehrens abgestimmt werden soll, müssen zuerst bei der Schülervertretung eingereicht werden. Wird der Antrag durch die Mehrheit der Schülervertretung nicht unterstützt, hat aber die durch Unterschrift angezeigte Unterstützung für mindestens zwei Prozent der Schülerschaft erreicht, so ist ein Schülerbegehren legitimiert und muss durchgeführt werden. Über den Abstimmungszeitraum verfügt die Schülervertretung und setzt die Schulleitung über diesen in Kenntnis. Ein Schülerbegehren ist erfolgreich, wenn, wie auch bei Volksentscheiden in Sachsen-Anhalt, mindestens 20 % der abstimmungsberechtigten Schüler ihre Stimme abgegeben haben und eine absolute Mehrheit erreicht wurde. Nach Beschluss per Schülerbegehren muss der Antrag durch die Gesamtkonferenz der Schule behandelt werden.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **07. Anerkennung dualer Studiengänge**

*Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand, SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, AfB Sachsen-Anhalt und Fachausschuss Wissenschaft*

Abschlüsse dualer Studiengänge aus Sachsen-Anhalt müssen staatlich anerkannt werden und zu einem Weiterstudium berechtigen. Dies soll für Studiengänge, die auf Lehrberufen beruhen, ebenfalls geprüft werden. Des Weiteren ist eine staatliche Anerkennung und Berechtigung zum Weiterstudium auf für duale Studiengänge, die nicht in Sachsen-Anhalt aufgenommen wurden, zu prüfen.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **08. Deutsch-Polnischer Austausch unter dem Thema „Studieren mit Bologna“ initiieren**

*Weiterleitung an: Juso-Landesvorstand*

Der Vorstand der Jusos Sachsen-Anhalt wird aufgefordert Finanzierungsmöglichkeiten für folgendes Projekt zu prüfen:

Es soll ein Austausch zwischen den Juso-Hochschulgruppen und StudentInnen aus der Sozialdemokratischen Partei Polens (SDPL) zum Thema „Studieren mit Bologna“ initiiert

werden. Es wird angestrebt, dass zunächst zehn Juso-Mitglieder sowie zehn Mitglieder der SDPL an diesem Austausch teilnehmen.

Die Sozialdemokratische Hochschulgruppe Halle legt dem Juso-Landesvorstand bei positivem Beschluss dieses Antrags durch die Juso-Landesdelegiertenkonferenz ein entsprechendes Rahmenkonzept vor.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **09. Berufliche Bildung sichern, stärken und zukunftsfähig gestalten**

*Weiterleiten an: SPD-Landesparteitag, SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, SPD-Bundestagsfraktion und Juso-Bundeskongress*

Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass die duale berufliche Bildung gesichert, gestärkt und zukunftsfähig gestaltet wird. Die Innovations- und Produktionsstärke in Deutschland ansässiger Unternehmen basiert nicht zuletzt auf einer gut ausgebildeten Facharbeiterschaft. Gerade in Zeiten des immer schneller werdenden technologischen Wandels kommt der Qualität der beruflichen Erstausbildung eine immer bedeutendere Rolle zu, ermöglicht sie doch Zukunftschancen sowie Teilhabe von jungen Menschen. Gleichzeitig sichert sie die Qualität und Innovationsfähigkeit von Belegschaften. Grundstein hierfür ist das duale Ausbildungssystem mit den Lernorten Betrieb und Schule, welches sich durch die hohe Prozess- und Handlungsorientierung auszeichnet und so erst den Startschuss für lebenslanges Lernen ermöglicht.

Angesichts der demografischen Herausforderungen des absehbaren Knowhow- Verlustes in den Betrieben, der Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsschichten aufgrund der Verweigerung beruflicher Erstausbildung und der Herausforderungen in der Qualität der beruflichen Erstausbildung, ist es unabdingbar sich dem Reformbedarf zu stellen. Ziel sollte es sein, dass die duale berufliche Ausbildung weiterhin ein wichtiger Faktor in den Bildungsverläufen der Facharbeiterschaft bleibt. Daher sprechen sich die Jusos Sachsen-Anhalt klar für das duale Ausbildungssystem aus und fordert alle zuständigen Gremien der SPD auf aktiv den hierfür benötigten Reformprozess mitzugestalten.

Dabei sollten folgende Leitlinien beachtet werden:

### *Erhaltung des Berufsprinzips*

Dies beinhaltet, dass ein kompletter Ausbildungsvertrag über mindestens drei Jahre mit einem oder mehreren Unternehmen von Beginn an geschlossen wird, der vereinbart, dass alle notwendigen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse der Beruflichkeit garantiert werden. Sie umfasst damit mehr, als nur das pure Ansammeln von Einzelfertigkeiten.

### *Keine Verankerung von einzelprüfbaren Modulen im Erstausbildungssystem*

Der Atomisierung von Ausbildungsordnungen in Modulen ist entschieden zu begegnen. Um einem jungen Menschen eine qualifizierte Zukunftsperspektive zu sichern, ist es unerlässlich sich weiter für mind. dreijährige Ausbildungsordnungen einzusetzen, die eine Vielfalt an späteren Einsatzmöglichkeiten bieten, Planbarkeit in der Ausbildung für den Auszubildenden schaffen und Qualität in der Ausbildung sichern. Flexibilisierungen, wie die Wahlqualifikationen in den naturwissenschaftlichen Berufen, können dabei als sinnvolle Maßnahmen genutzt werden.

Die bereits durchgeführten Projekte im Rahmen von „Jobstarter Connect“ mit Ausbildungsbausteinen für Altbewerber sollten kritisch begleitet und evaluiert werden.

### *Verlängerung anstatt Verkürzung von Ausbildungszeiten für lernschwächere Auszubildende*

Anstatt 2-jähriger Berufe sollen die Möglichkeiten einer Verlängerung der Ausbildungszeit bzw. die Streckung von Ausbildungsverläufen geprüft werden. Dies kann und sollte einhergehen mit einer intensiveren Betreuung der Auszubildenden. Des Weiteren sollte der Gebrauch von unternehmensinternem Stützunterricht – zum Auffangen der befürchteten Theorieprobleme – stärker propagiert werden.

### *Veränderung des berufsbezogenen Übergangssystems*

Programme wie „Start in den Beruf“ machen es vor. Stark in die betrieblichen Abläufe eingebundene Maßnahmen sorgen für eine höhere Motivation der Beteiligten, weil sie theoretisches Wissen praxisnah erlernen und sich gleichzeitig in betrieblichen Abläufen und Strukturen bewegen.

### *Studienberechtigung nach Abschluss einer mindestens 3-jährigen Ausbildung*

Eine abgeschlossene 3 jährige Ausbildung muss den Zugang zu einem fachbezogenen Hochschulstudium ermöglichen. Die Kompetenzen und Fertigkeiten, die in der Ausbildung erlernt werden, müssen dabei angerechnet werden können. Hierfür müssen die maßgebenden Stellen und die Universitäten gewonnen werden, ihre Curricula auf die Kompetenzen und Bedürfnisse dieser Absolventen eingehen und ggf. Anpassungen anbieten.

### *Stärkung der Lernorte*

Der Lernort Betrieb bildet den Kern der dualen Ausbildung. Hier werden die praxisbezogenen Kompetenzen vermittelt und von den Auszubildenden erlernt. Gerade handlungs- und prozessorientierte Kompetenzen sind in einer modernen Arbeitswelt unabdingbar. Eine rein schulische Ausbildung kann dies nicht leisten. Daher muss die Bedeutung des Lernortes Betrieb gestärkt und insbesondere im Hinblick auf die europäischen Debatte besser kommuniziert werden.

Dabei ist zu betonen, dass nur im Zusammenspiel der Lernorte eine qualitativ hochwertige Ausbildung möglich ist. Die Berufsschulen müssen in die Lage versetzt werden gute Ausbildung leisten zu können. Dafür bedarf es mehr finanzieller Mittel, einheitlicher Länderregelungen, besserer Weiterbildungsbedingungen für Lehrer und stärkerer Kooperationen mit den Unternehmen.

### *Starke Verankerung in Europa*

Das Duale Ausbildungssystem ist eine Minderheitenlösung in der beruflichen Erstausbildung innerhalb der Europäischen Union. Daher bedarf es des aktiven Beistands aller beteiligten Gremien sei es nun auf Arbeitnehmer, Arbeitgeber oder staatlicher Seite, um eine systematische Unterbewertung der dualen Ausbildung im Europäischen Qualifikationsrahmen zu verhindern. Um das Ziel eines durchlässigen Bildungsraums zu realisieren, ist es aus Sicht der Jusos Sachsen-Anhalt unbedingt erforderlich, dass nicht der Lernort (z.B. Hochschule), sondern die Kompetenz des Einzelnen über seine Einstufung im Qualifikationsrahmen entscheidet. Die einzelnen Stufen des Deutschen sowie des Europäischen Qualifikationsrahmens müssen deshalb zugangsoffen für jeden sein, der über die benötigten Kompetenzen verfügt.

## *Qualitative Verbesserung des Ausbildungspersonals*

Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass Ausbilder und Ausbildungsbeauftragte turnusmäßig Fortbildungen durchlaufen können. Für diese Fortbildungen sind die Ausbilder bezahlt freizustellen und die Kosten sind durch die Unternehmen zu tragen. Für Berufsschullehrer müssen die Bedingungen der Weiterbildung verbessert werden und ein interessantes Weiterbildungsangebot muss ausgebaut werden.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

### **10. Bildung besser machen**

*Weiterleiten an: SPD-Landesparteitag und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt*

Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, gleiche Bildungschancen in einem föderalen System durch bundesweite einheitliche Mindeststandards zu verwirklichen, um allen gleiche Startchancen und Bedingungen zu ermöglichen. Wir bleiben bei unserer grundsätzlichen Forderung, dass Bildung Bundessache werden muss, da die unterschiedlichen Bildungssysteme der Bundesländer den insgesamt notwendigen Veränderungsprozess vor zusätzliche große Herausforderungen stellen. Eine bundesweit einheitliche Ausrichtung des Bildungswesens ist unter der Bedingung föderaler Strukturen nur sehr schwer erreichbar. Andererseits gibt es in vielen Bundesländern und Kommunen bereits viele beispielhafte Projekte die zeigen, wie die derzeitige Misere zu beenden wäre. Dies wollen wir unterstützen und vorantreiben, da durch die Förderalismusreform I keine politischen Mehrheiten für eine Rückgängigmachung in Sicht ist (Kultusminister, Bundestag, Bundesrat). Für uns ist daher entscheidend, dass sich die Kultusministerien auf eine Gesamtkonzeption verständigen, die auf dem echten Willen zur Herstellung gleicher Bildungschancen in Deutschland beruht. Dies kann auch über bundesweite einheitliche Mindeststandards geschehen. Um gleiche Chancen auf Bildung für alle jungen Menschen zu schaffen, sind gleiche Startbedingungen unverzichtbar.

Dies setzt bedarfsgerechte Kapazitäten und einen freien Zugang zu allen Bildungsebenen (Kinderkrippe, Kindergarten, Vorschule, Schule, Hochschule) voraus. Für die Schaffung gleicher Bildungschancen ist die Gesamtbetrachtung der Bildungsbiographie notwendig. Ergänzend und notwendig bleibt dabei die individuelle altersgerechte Betreuung durch qualifiziertes Personal und kostenlose Lehr- und Lernmittel.

Die vorschulische Bildung ist in den ersten 3 Lebensjahren sehr stark gekoppelt an die elterliche Erziehung. Daher müssen alle Erziehungsberechtigten sich auf ein gutes und bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für ihre Kinder verlassen können. Diese Betreuung darf nicht abhängig vom jeweiligen Geldbeutel sein. Alle Eltern bleiben aber auch in der erzieherischen Pflicht, da kein System den Erziehungsauftrag der Eltern ersetzen kann und soll. Wir fordern eine Elternqualifikation nach finnischem Vorbild, in der Eltern gezielt auf die ihnen bevorstehenden Herausforderungen der Kindererziehung vorbereitet werden. Als Anreiz diese Kurse auch anzunehmen könnte man eine Willkommensbox mit Materialien verschenken, die für die ersten Wochen und Monate hilfreich sind. Dieses Modell wird in Nordrhein Westfalen in einigen Gebieten schon erfolgreich durchgeführt.

Bei der Betreuung und in der frühkindlichen (vorschulischen) Bildung muss die natürliche Entwicklung des Kindes im Vordergrund stehen: Kinder sollen Kinder bleiben. Dadurch soll die individuelle Betreuung des Kindes, die individuelle Spracherziehung, das spielerische altersgerechte Lernen und das spielerische Erlangen von sozialen Kompetenzen bereits frühzeitig ermöglicht werden.

Dabei muss die Integration von Migranten wie auch die Integration von Behinderten, abhängig vom Grad der Behinderung, im vollen Umfang gewährleistet sein! Auch hier gilt unser Grundsatz: „Jeder kommt mit, wir lassen keinen zurück“ Deshalb müssen die Kinderkrippen und Kindergärten altersgerecht mit entsprechenden Räumlichkeiten und Einrichtungsgegenständen ausgestattet sein. Wir fordern eine Kindergartenpflicht ab dem 3. Lebensjahr. Dabei ist die Zuteilung von Plätzen individuell mit den Eltern abzustimmen. Die Kindergartenpflicht entbindet die Erziehungsberechtigten nicht von ihrer erzieherischen Verantwortung, sondern dient dem Ziel, dass alle Kinder mit den gleichen Voraussetzungen in die Schulpflicht starten.

Wir fordern die Aufhebung der Selektierung im deutschen Schulsystem. Sie stellt das größte Hemmnis in der Entwicklung und Förderung der Kinder und Jugendlichen dar. Ganztägige Gemeinschaftsschulen bieten gute Chancen die Selektion abzuschaffen und die Durchlässigkeit nach oben zu erhöhen. In den ersten fünf Schuljahren sind am Nachmittag spezielle Lerneinheiten der individuellen Förderung vorbehalten. Ab der 7. Klasse sind regelmäßige Berufs- und Studienberatungen vorgesehen. Das dient der frühzeitigen Information von SchülerInnen über die jeweiligen Ausbildungsmöglichkeiten in der Region und im Bundesgebiet insgesamt. Des Weiteren sollen zur Unterstützung der Berufswahl ab der 7. Klasse Betriebspraktika – zweimal 4 Wochen pro Schuljahr – eingeführt werden. In der Studienberatung sollen Anforderungen im Studium und Berufschancen nach einem erfolgreichen Abschluss aufgezeigt werden. Verbunden mit den Berufsberatungen sollen die SchülerInnen mit gezieltem Bewerbungstraining auf ihre berufliche Zukunft vorbereitet werden. Wir lehnen jedwede Art von Selektierung in der Schule bis zur Erlangung der mittleren Reife ab. Dazu muss jeder Bildungsabschluss eine Weiterbildungsoption eröffnen (Durchlässigkeit). Wir sprechen uns uneingeschränkt gegen Studiengebühren aus. Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen. Sie lösen kein einziges Problem innerhalb der deutschen Hochschulen, sondern verschärfen die Krise des gesamten Bildungssystems. Des Weiteren muss die moderne fach- und sachgerechte Ausstattung von Bildungseinrichtungen gewährleistet sowie die kontinuierliche Weiterqualifizierung der pädagogischen Fachkraft verpflichtend eingeführt werden.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **11. Bildungsföderalismus gehört der Vergangenheit an**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion; Juso-Bundeskongress und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt*

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktion werden dazu aufgefordert, sich für die Abschaffung des Bildungsföderalismus zugunsten einer über alle Bundesländer besser koordinierten und auf die Bedürfnisse aller Kinder, Schüler und Studenten angepassten kostenfreien Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule/Universität hin, einzusetzen.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **12. Nein zum Betreuungsgeld von Schwarz-Gelb, Ja zu mehr frühkindlicher Bildung**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt*

Die SPD Sachsen-Anhalt, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass statt der geplanten Einführung eines Betreuungsgeldes für Kinder unter 36 Monaten das Geld in den Ausbau und die Qualitätsverbesserung bei der frühkindlichen Bildung gesteckt wird.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **13. Vereinheitlichung der Bewerbungs- und Zulassungsfristen für die Bachelor- und Masterstudiengänge**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt und Hochschulrektorenkonferenz*

Die SPD Sachsen-Anhalt, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt und die Hochschulrektorenkonferenz werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Fristen für Bachelor/Master-bewerbungen und Bachelor/Masterzulassungen vereinheitlicht werden.

Dabei darf aber für die Zulassung eine abgegebene Bachelorarbeit kein Kriterium sein, da auch für die Anmeldung und Einreichung der Bachelorarbeiten jeder Studiengang eigene Regeln hat. Und wenn durch den Bologna-Prozess ein schnelleres Studium ermöglicht werden soll, dann dürfen nachgereichte Abschlussarbeiten keine Hürde für ein Masterstudium darstellen.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **14. Sicherung der Hochschulfinanzierung**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt*

Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern für den nächsten Doppelhaushalt eine aufgabenangemessene Budgetzuweisung. Diese soll alle finanziellen Mittel umfassen, welche für die Umsetzung der von Land und Hochschulen gemeinsam erarbeiteten Zielvereinbarungen erforderlich sind. Diese Zielvereinbarungen sind des Weiteren von Land und Hochschulen einzuhalten. Die Einführung jedweder Kriterienkataloge zur Mittelverteilung zwischen den Hochschulen darf, wenn überhaupt, nur für zusätzliche Gelder gelten.

---



Beschluss Juso-LDK 2010

## **15. Ausweitung des Anspruchs auf Bildungsurlaub**

*Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt und SPD-Landesparteitag*

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, über eine Novellierung des Bildungsfreistellungsgesetzes zu beraten mit dem Ziel, dass der Anspruch auf Bildungsurlaub für Arbeitnehmer in Sachsen-Anhalt von fünf auf zehn Tage jährlich ausgeweitet wird. Gleiches soll für Auszubildende und Studenten gelten, die einem Unternehmen länger als sechs Monate angehören.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **16. Übernahme des Brandenburger Modell im Kampf gegen Rechtsextremismus**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt*

Die Landesregierung Sachsen-Anhalt wird aufgefordert, auf der Grundlage des Modells „Tolerantes Brandenburg“, das eigene Projekt „Hingucken und Einmischen“ im Sinne einer „Best Practice Analyse“ fortzuentwickeln und anzupassen. Ziel muss es sein, insbesondere die Jugendarbeit auf lokaler Ebene zu stärken und nachhaltig das Engagement für die Freiheitliche Demokratische Grundordnung und Toleranz zu fördern. Aufgrund der vielen rechtsextremen Vorfälle in den Neunzigern, hat die SPD-Landesregierung von Brandenburg im Jahr 1998 das Konzept „Tolerantes Brandenburg“ für den Kampf gegen Rechtsextremismus ins Leben gerufen. Seitdem ist die Zahl rechtsextremer Gewalttaten in Brandenburg rückläufig, die wehrhafte Demokratie wurde gestärkt und rechtsextreme Parteien konnten nicht in die „Mitte der Gesellschaft“ vordringen.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **17. Verfassungstreue Schornsteinfeger**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, SPD-Landesvorstand, SPD-Bundesverband und SPD-Bundestagsfraktion*

Die Bundes- und Landesregierung werden aufgefordert, verpflichtende eidesstattliche Erklärung der Verfassungstreue von Bezirksschornsteinfegern gesetzlich zu verankern.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **18. Änderung des Gesetzes zur Leiharbeit**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landesvorstand und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt*

Die SPD Sachsen-Anhalt und die SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt werden aufgefordert sich für die Streichung des Nebensatzes „ein Tarifvertrag kann abweichende Regelungen zulassen“ in § 9 Abs. 2 AÜG zur Gleichbehandlung von Leiharbeitern einzusetzen.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **19. Stärkung des Konnexitätsprinzip bei den Mittelzuweisungen an Kommunen**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landesvorstand und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt*

Wir fordern für alle staatlichen Ebenen die gesetzliche Verankerung des Konnexitätsprinzips, d.h. die vollständige und bedingungslose Ausfinanzierung von Aufgaben, die höhere Ebenen der staatlichen Verwaltung niedrigeren Ebenen zuweisen.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **20. Antrag zur Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen kriminelle Motorrad-Rockerbanden**

*Weiterleitung an: Innenministerkonferenz*

Die Innenminister der Bundesländer werden aufgefordert, verstärkt gegen die Strukturen der Motorrad-Rockerbanden „Hells Angels“ und „Bandidos“ vorzugehen und flächendeckend die Einleitung von Verbotsverfahren gegenüber den Einzelgliederungen (Chapters) zu prüfen.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **21. Ausweitung des Landtagswahlrechts**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt*

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass das aktive Landtagswahlrecht in Sachsen-Anhalt auf alle Bürgerinnen und Bürger ausgeweitet wird, die das 16. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten ihren (Haupt-) Wohnsitz in Sachsen-Anhalt haben.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **22. Städtebaulichen Gestaltungsspielraum schaffen**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt*

Die SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt derart geändert wird, dass es den Kommunen wieder möglich ist, die Errichtung von Einfriedungen auf Baugrundstücken zwingend vorzuschreiben, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung und die Herstellung baulicher Geschlossenheit eines Straßenzuges dies erfordern. Die entsprechende Änderung der Bauordnung aus dem Jahr 2005 ist dazu zurückzunehmen.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **23. Schluss mit Prestigeprojekten bei der Deutschen Bahn AG – Investitionen in den Personennahverkehr fordern und fördern**

*Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, SPD-Landesparteitag und Juso-Bundeskongress*

Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass der Bund als Eigentümer der Deutschen Bahn AG, alle Einzelbauprojekte ab einem Investitionsvolumen von 10 Millionen Euro, auf Grundlage der Kriterien: Notwendigkeit des Projektes - im Sinne eines objektiven Nutzen- / Mehrwertgewinns, ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit, Leistungsfähigkeit, Funktionalität und Kostengünstigkeit zu prüfen und ausschließlich der kostengünstigsten Umsetzungsvariante die zur Erreichung des Ziels notwendig ist, zuzustimmen. Ziel soll es sein, sogenannte „Prestigeprojekte“, bei denen regelmäßig das Verhältnis der Kosten gegenüber des erreichenden objektiven Nutzen bzw. Mehrwert in einem ungünstigen Verhältnis stehen zu vermeiden. Die dadurch eingesparten Mittel sind insbesondere in die Stärkung des regionalen Personennahverkehrs, aber auch des Güterverkehrs und in die Instandsetzung bzw. Neuanschaffung von Schienenfahrzeugen, umzuschichten.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **24. Stärkere Nutzung der Grünpfeilregelung**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress, Bundesparteitag und SPD-Bundestagsfraktion*

Wir fordern die Bundestagsfraktion der SPD auf, darauf hinzuwirken, dass Punkt XI. der VwV zur StVO §37 Abs. 2 Nr. 1 wie folgt geändert wird:

Der erste Satz „Der Einsatz des Schildes mit grünem Pfeil auf schwarzem Grund (Grünpfeil) kommt nur in Betracht, wenn der Rechtsabbieger Fußgänger- und Fahrzeugverkehr der freigegebenen Verkehrsrichtungen ausreichend einsehen kann, um die ihm auferlegten Sorgfaltspflichten zu erfüllen.“ ist zu streichen und durch folgenden zu ersetzen:

„Das Schild mit grünem Pfeil auf schwarzem Grund (Grünpfeil) soll eingesetzt werden, wenn der Rechtsabbieger Fußgänger- und Fahrzeugverkehr der freigegebenen Verkehrsrichtungen ausreichend einsehen kann, um die ihm auferlegten Sorgfaltspflichten zu erfüllen.“

Die dann in Folge aufgezählten Einschränkungen, die die Bedingungen definieren, unter denen der Einsatz des Grünpfeils als gefährlich gilt, sollen erhalten bleiben.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **25. Wiedereinrichtung einer unabhängigen Schlichtungsstelle Mobilität beim BMELV**

*Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, SPD-Landesparteitag und Juso-Bundeskongress*

Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für eine Wiedereinrichtung einer wirklich unabhängigen Schlichtungsstelle für den Bereich Mobilität einzusetzen, welche dann wieder beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und

Verbraucherschutz anzusiedeln ist. Diese Schlichtungsstelle ist paritätisch zu je einem Drittel mit Vertretern der Fahrgastverbände, der Verkehrsunternehmen und des Bundesministeriums zu besetzen. Die Verkehrsunternehmen sind weiterhin an der Finanzierung zu beteiligen.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **26. Einführung von Energiemanagementsystemen in Kommunen**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt*

Die SPD-Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung eine rechtliche Regelung erarbeitet, die die Einführung von systematischen Energiemanagement-Ansätzen in Kommunen mit dem Mindeststatus ‚Grundzentrum‘ vorsieht.

Es sollte mittelfristig Ziel sein, in Sachsen-Anhalt kommunales Energiemanagement verpflichtend einzuführen, mit Ziel Energiekosten zu senken, aber auch um einen kommunalen Beitrag zur Energieeffizienz sowie zum Umwelt- und Klimaschutz leisten.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **27. Abschaffung der Sommerzeit**

*Weiterleitung an: SPE-Fraktion im Europäischen Parlament*

Die SPE-Fraktion möge sich dafür einsetzen, dass die Sommerzeit in der gesamten Europäischen Union abgeschafft wird.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **28. Generationengerechtigkeit bei der Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl 2011**

*Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand*

Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, die jüngere Generation bei der Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl 2011 als deutliches Signal des Neuanfangs in der Landespartei angemessen zu berücksichtigen. Unter den ersten 20 Plätzen der Landesliste sollen sich, sofern eine ausreichende Anzahl von Kandidaturen zum Landtag vorliegt, mindestens zwei aktive Jusos befinden, die vom Juso-Landesverband durch LDK-Beschluss unterstützt werden.

Grundsätzliches Ziel sollte es zudem sein, in jedem der so genannten Regional-Block (falls das 2006 verwendete Verfahren erneut zur Anwendung kommt) mindestens eine Genossin oder einen Genossen unter 35 Jahren aufzustellen. Die Jusos hegen nicht die Absicht, diese Forderung in brachialen Kampfabstimmungen umzusetzen, sondern regen an, dass der SPD-Landesvorstand den vorliegenden Beschluss bei seinen Beratungen aus eigenem Antrieb berücksichtigt.

---

## **29. Regeln für Antragskommissionen**

*Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand*

Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, in den Geschäftsordnungen zukünftiger SPD-Landesparteitage klare Regeln für die Antragskommission insbesondere mit folgendem Inhalt vorzusehen:

- die Antragskommission darf nur dann Abstimmungsempfehlungen aussprechen, wenn diese eine qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder auf einer Sitzung der Antragskommission erreicht hat;
  - die Abstimmungsempfehlungen werden den Delegierten schriftlich und begründet zur Kenntnis gegeben aber nicht zur Abstimmung gestellt;
  - konkrete Textänderungsvorschläge der Antragskommission werden als Änderungsanträge behandelt;
  - auf Landesparteitage erhält zuerst der Antragsteller das Wort, die Antragskommission gegebenenfalls im Anschluss.
- 

## **30. Regeln für Antragskommissionen 1**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag*

Der SPD-Landesparteitag beauftragt den SPD-Landesvorstand, in den Geschäftsordnungen zukünftiger SPD-Landesparteitage klare Regeln für die Antragskommission insbesondere mit folgendem Inhalt vorzusehen:

- die Antragskommission darf nur dann Abstimmungsempfehlungen aussprechen, wenn diese eine qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder auf einer Sitzung der Antragskommission erreicht hat;
  - die Abstimmungsempfehlungen werden den Delegierten schriftlich und begründet zur Kenntnis gegeben aber nicht zur Abstimmung gestellt;
  - konkrete Textänderungsvorschläge der Antragskommission werden als Änderungsanträge behandelt;
  - auf Landesparteitage erhält zuerst der Antragsteller das Wort, die Antragskommission gegebenenfalls im Anschluss.
- 

## **31. Änderung der Geschäftsordnung**

Die Jusos Harz stellen den Antrag, die Geschäftsordnung dahingehend zu ändern, dass anstelle der Nationalhymne, wie in der Geschäftsordnung festgehalten, die Europahymne „Freude schöner Götterfunke“ gesungen wird. Der Antragsteller teilt Textbögen hierfür aus.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **32. Solidarische Listenaufstellung zur Landtagswahl 2011**

*Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand und SPD-Landesparteitag*

Der Landesvorstand und der Landesparteitag werden aufgefordert, zur Landtagswahl 2011 eine alle Kreis- und Stadtverbände berücksichtigende Landesliste aufzustellen. Unter den ersten 20 Listenplätzen sollen alle 14 Kreis- und Stadtverbände mit mindestens einer/einem Kandidatin/Kandidaten vertreten sein.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **33. Benennung eines MdEP für Sachsen-Anhalt**

*Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand, SPD-Bundesvorstand, SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament*

Der Bundesvorstand und die SPD-Europaabgeordneten werden aufgefordert in Absprache mit dem SPD-Landesvorstand ein explizit für die thematische Betreuung Sachsen-Anhalts zuständiges MdEP zu benennen. Bevorzugt wird hierbei aus geografischen Gründen die sächsische Abgeordnete Constanze Krehl.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **34. Kostenloses KiTa-Jahr**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt und Sozialministerium Sachsen-Anhalt*

Die SPD-Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung bis spätestens zum Jahr 2015 das letzte Jahr vor der Einschulung für alle Kinder sowohl kostenlos als auch als Ganztagsplatz gestaltet.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **35. CO<sub>2</sub>-Verpressung**

*Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, SPD-Bundesvorstand, Juso-Bundesvorstand und Fachausschuss Energie*

Bei der Verpressung und Speicherung von CO<sub>2</sub> dürfen nur die sichersten Lagerstätten wie ausgebeutete Öl- und Erdgasfelder genutzt werden.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

## **36. CO<sub>2</sub>-Verpressung 1**

*Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, SPD-Bundesvorstand, Juso-Bundesvorstand und Fachausschuss Energie*

Die Verpressung und Speicherung von CO<sub>2</sub> (CCS) darf Forschung und Investitionen in erneuerbare Energien nicht verdrängen.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

### **37. Förderung erneuerbarer Energien**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landesvorstand, SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt und Fachausschuss Energie*

Sachsen-Anhalt soll ein eigenes, staatliches Innovationsprogramm zur Förderung von erneuerbaren Energien auflegen.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

### **38. Rufbussystem**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landesvorstand und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt*

Sachsen-Anhalt muss mittelfristig ein flächendeckendes, effektives Rufbussystem aufbauen, um den ländlichen Raum nicht abzuhängen.

---

Beschluss Juso-LDK 2010

### **39. Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne gegen Homophobie**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt und die SPD-MinisterInnen*

Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass die Landesregierung eine Medien-Kampagne zur Aufklärung über und Sensibilisierung für das Thema Homosexualität entwickeln lässt und in einer Art Pilotprojekt in Sachsen-Anhalt umsetzt. Schule und Sport sollen dabei vor allem im Fokus stehen.

Diese Kampagne soll eine möglichst frühzeitige Gewöhnung und Akzeptanz vor allem von Kindern und Jugendlichen an Homosexualität als Bestandteil unserer Gesellschaft zum Ziel haben. Dafür sollen Kino- und TV-Spots sowie Anzeigen in Printmedien oder auf Werbetafeln, die insbesondere jüngere Generationen ansprechen, zum Einsatz kommen.

Eine Zusammenarbeit mit der Landesmedienanstalt, der Mitteldeutschen Medienförderung GmbH, den Hochschulen sowie dem Mitteldeutschen Rundfunk und anderen Rundfunkmedien soll dabei – sofern möglich und geeignet – angestrebt werden. Eine Anlehnung an bereits bestehende Projekte ist wünschenswert.

Eine Ausdehnung des Projektes auf Bundesebene sollte bei einer erfolgreichen Umsetzung in Sachsen-Anhalt von der Landesregierung angestoßen werden.

---

## **40. Schaffung einer unabhängigen Landesenergieagentur – Für die Verbraucher in Sachsen-Anhalt**

*Weiterleiten an: SPD-Landesparteitag und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt*

Die SPD Sachsen-Anhalt spricht sich für die Einrichtung einer unabhängigen Landesenergieagentur aus und fordert die SPD-Landtagsfraktion sowie den Spitzenkandidaten auf, diesem Anliegen sowohl während des Landtagswahlkampfes als auch im Rahmen möglicher Koalitionsverhandlungen Rechnung zu tragen.

Die Landesenergieagentur soll als unabhängige Institution in den Bereichen energieeffizientes Bauen und Sanieren sowie erneuerbare Energien eine koordinierende Funktion einnehmen. Hierdurch soll sie einerseits die Verbraucher bezüglich Energieeinsparung- und -effizienz beraten und diese mit Anbietern zusammenführen. Darüber hinaus soll die Landesenergieagentur der Landesregierung und dem Parlament in beratender Funktion bei allen energiepolitischen Fragen zur Seite stehen.

## **41. Armut und soziale Ausgrenzung wirksam bekämpfen!**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt und Sozialministerium Sachsen-Anhalt*

Die Jusos Sachsen-Anhalt beobachten mit großer Sorge, dass die Schere zwischen Arm und Reich zunehmend auseinander geht. Einkommen und Vermögen sind ebenso ungleich verteilt!

In Anbetracht des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung fordern wir Jusos, dass eine gründliche Analyse der sozialen Situation der Menschen in Sachsen-Anhalt, insbesondere aber der besonderen Lage der Kinder und Jugendlichen, die im Mittelpunkt unseres Interesses stehen, vorgenommen wird.

Mit großer Sorge beobachten wir die zunehmende Infantilisierung und Vererbung von Armut. Kinder und Jugendlichen bzw. junge Erwachsene sind in Deutschland und Europa am stärksten von Einkommensarmut betroffen. Dabei muss gerade ihre Integration im Hinblick auf Chancengleichheit, Bildung und individuelle Förderung sichergestellt werden. Die gesellschaftliche Komponente von Armut darf nicht unterschätzt werden.

Kinder sind die Zukunft unseres Landes, daher muss frühzeitig gegen Kinderarmut vorgegangen werden und in Zeiten der Krise verstärkt in Bildung investiert werden! Den Bundesländern kommt bei der Bekämpfung von Armut eine entscheidende Rolle zu. Nicht nur die Gesellschaft, sondern jeder/jede Einzelne gewinnen, wenn soziale Ausgrenzung und Armutsrisiken verringert werden.

Wir fordern die Landesregierung Sachsen-Anhalts daher auf, darüber zu berichten, welche (Risiko-) Gruppen aus der Sicht der Landesregierung besonders von Armut bedroht sind und welche Maßnahmen die Landesregierung aktuell ergreift, um den Menschen den Ausweg aus der Armut zu ermöglichen. Die bisher vorgenommenen Maßnahmen sollen einer Evaluation unterzogen und ggf. intensiviert werden.



## **42. Einführung eines Tariftreuegesetzes**

*Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt*

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für den Erlass eines neuerlichen Tariftreuegesetzes in Sachsen-Anhalt einzusetzen. Dieses soll sicherstellen, dass nur noch die Unternehmen mit öffentlichen Aufträgen betraut werden, die die am Einsatzort geltenden Tariflöhne zahlen. Gleiches gilt für die möglicherweise von den Unternehmen eingesetzten Subunternehmen.

Lohndumping zu Lasten der ArbeitnehmerInnen zerstört tausende Arbeitsplätze insbesondere in mittelständischen Unternehmen in unserem Land. Zukünftig muss Tariftreue das Kriterium dafür sein, dass Unternehmen den Zuschlag für öffentliche Aufträge erhalten. Wir wollen keinen Wettbewerb um jeden Preis, sondern einen fairen Wettbewerb im Sinne der sozialen Marktwirtschaft.